



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 14. Februar 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Nach Ansicht des österreichischen Verteidigungsministers Hans-Peter Doskozil sei die Balkanroute immer noch nicht dicht. Wöchentlich kämen nach wie vor bis zu 1.000 Fliehende in dem Land an. Da seine Regierung nicht darauf vertraue, dass der Deal zwischen EU und Türkei Menschen weiterhin vom Fliehen abhalten werde, strebe das Land eine „Balkan-Grenzschutzoffensive“ mit weiteren Staaten an der Balkanroute an. Dafür sei Österreich auch bereit, Soldat\*innen ins Ausland zu verlegen. Die ungarische Regierung zeigt einmal mehr, wie „Grenzschutz“ bereits heute aussehen kann. Alle Menschen, deren Asylverfahren noch laufe, sollen inhaftiert werden, dafür sollen auch Schiffscontainer herangezogen werden. Bereits jetzt befinden sich Asylsuchende in geschlossenen Lagern in Ungarn.  
<https://www.welt.de/politik/ausland/article161843790/Europaeische-Aussengrenzen-nicht-ausreichend-geschuetzt.html> (07.02.17)  
<http://www.rp-online.de/politik/ausland/notstand-ungarn-will-fluechtlinge-in-schiffscontainern-unterbringen-aid-1.6597305> (10.02.17)
- Der Chef des Think Tanks „Europäische Stabilitätsinitiative“ Gerald Knaus, von *SPON* als Architekt des Deals zwischen EU und Türkei beschrieben, sieht nicht einmal die Zurückschiebung von Fliehenden auf dem Mittelmeer nach Nordafrika als effektivstes Mittel der Abschottung an. Viel mehr müssten abgelehnte Asylsuchende schnell abgeschoben werden. Knaus hält deswegen Abkommen mit Staaten wie Nigeria, Guinea und auch der Diktatur Eritrea für unvermeidlich. Überzeugt werden könnten sie seiner Ansicht nach durch Druck (weniger Entwicklungshilfe) und Anreize (mehr Entwicklungshilfe) sowie ein konkreter Stichtag, ab dem die Staaten ihre Bürger\*innen wieder aufnehmen würden. Um nachzuweisen, welcher Mensch aus welchem Staat komme, müssten die Staaten außerdem umfassende Personenregister aufbauen um Geburten, Hochzeiten und Todesfälle zu registrieren. Dies sei teuer, die EU-Mitgliedsstaaten müssten hier aber Unterstützung leisten „wenn die Migrationspolitik gegenüber Afrika funktionieren soll.“ Dass Abschottung nicht die einzige Möglichkeit ist, Asyl- und Migrationspolitik zu gestalten, vergisst Knaus.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-malta-plan-der-esi-soll-migration-aus-afrika-bremsen-a-1133719.html> (09.02.17)
- Jede\*r vierte Geflüchtete in der EU ist minderjährig. Diejenigen von ihnen die unbegleitet unterwegs sind, sind besonders vulnerabel für Ausbeutung und Kriminalität. Die

europäische Polizeibehörde Europol geht von 10.000 verschwundenen, minderjährigen Geflüchteten aus. Die EU-Justizkommissarin Vera Jourova warnt davor, dass die Kommunen der Union lediglich Nahrung und Unterkunft bereitstellten. Es brauche neben Bildung und spezieller Begleitung auch Freizeit- und Integrationsangebote. Wenn keine Perspektive geboten werde, könnte eine verlorene Generation entstehen.

[http://www.deutschlandfunk.de/minderjaehrige-fluechtlinge-in-europa-sorge-vor-einer.1773.de.html?dram:article\\_id=378300](http://www.deutschlandfunk.de/minderjaehrige-fluechtlinge-in-europa-sorge-vor-einer.1773.de.html?dram:article_id=378300) (07.02.17)

- Eine Familie syrischer Staatsbürgerschaft stellt in der belgischen Botschaft in Beirut Anträge auf humanitäre Visa um in Belgien Asyl beantragen zu können. Die Anträge werden abgelehnt. Das zuständige belgische Gericht fragt den Europäischen Gerichtshof (EuGH) an, ob ein Visum erteilt werden sollte. Der Generalanwalt am EuGH Paolo Mengozzi geht in seinem Schlussantrag davon aus, dass die EU-Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet sind, ein humanitäres Visum auszustellen sollten die Betroffenen von Folter oder anderen unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen ausgesetzt sein. Ein Urteil wird noch gesprochen. Wenn dem Antrag des Generalanwalts entsprochen wird, könnten die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, einigen Menschen die lebensgefährliche Flucht zu ersparen. Doch zeigt der Artikel der *SZ*, dass die Familie in einer besonders ausweglosen Situation steckt, mit einem solchen Urteil wäre also keine grundsätzliche Kehrtwende in der EU-Asylpolitik zu erwarten.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-02/asylpolitik-eu-fluechtlinge-humanitaere-visa-botschaften-eugh-paolo-mengozzi> (07.02.17)  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/eugh-generalanwalt-befuerwortet-asyl-visum-fuer-besonders-gefaehrdete-syrer-1.3367559> (07.02.17)
- Wie der dänischen Sozialdemokratie jeglicher Humanismus verlorengegangen ist, zeigt dieser Artikel der *Frankfurter Rundschau*. Deren Vertreter\*innen fordern Auffanglager für Geflüchtete in Nordafrika (was in Deutschland immerhin schon ein Sozialdemokrat fertiggebracht hat), propagieren offen Nationalismus, weisen von den UN ausgewählte besonders schutzbedürftige Fliehende ab und machen gemeinsame Politik mit der rechtskonservativen Dänischen Volkspartei.  
<http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/fluechtlinge-daenemark-zuerst,24931854,35149402.html> (10.02.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Am Samstag fanden beim bundesweiten Aktionstag gegen Abschiebungen nach Afghanistan Demonstrationen in über 20 Städten statt.  
<http://dradiowissen.de/nachrichten/afghanistan-fluechtlinge-demos-fuer-abschiebe-stopp> (12.02.17)
- Bundesregierung und Bundesländer planen, Abschiebungen noch schneller durchzuführen. Bereits verschärfte Asyl- und Aufenthaltsregelungen sollen noch weiter gestrafft werden. So sollen unter anderem gemeinsam getragene Ausreisezentren entstehen wo Menschen kurz vor ihrer Abschiebung festgehalten werden können. Außerdem sollen Amtsärzt\*innen künftig noch schneller über die Reisefähigkeit von Menschen befinden können. Das BAMF soll außerdem auf Smartphones und SIM-Karten von Menschen zugreifen können, bei denen es eine vorgetäuschte Identität vermutet. Thüringen trägt als einziges Bundesland den Plan nicht mit.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/asylbewerber-bund-laender-abschiebungen-ausreisezentren> (09.02.17)  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/linke-asylpolitik-kritik-abschiebeplaene-bundregierung-bundeslaender> (10.02.17)
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) forderte vergangene Woche alle Ausländerbehörden an, die Fingerabdrücke aller Geflüchteten erneut abzunehmen. Eine erkennungsdienstliche Behandlung ist Standard im Asylverfahren. Begründet wird das

Vorhaben mit dem Generalverdacht „Sozialbetrug“. Städte- und Landkreistag lehnten den Vorschlag ab. Für „Sozialbetrug“ müsse sehr viel Aufwand betrieben werden seitdem Ankunfts nachweise eingeführt worden seien. Das Vorhaben sei unverhältnismäßig und stehe im Widerspruch zu datenschutzrechtlichen Prinzipien. Zum gegebenen Zeitpunkt ist es bundesweit auch nicht umsetzbar denn 90% der Ausländerbehörden sind nicht in der Lage, Fingerabdrücke zu nehmen.

<http://www.zeit.de/news/2017-02/07/fluechtlinge-viele-auslaenderbehoerden-koennen-keine-fingerabdrucke-nehmen-07143403> (07.02.17)

- Der Verfassungsschutz weiß von 73 Rechtsradikalen, die mindestens eine Waffe besitzen. Die LVZ schreibt, dies sei ein Anstieg um 14% im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Menschen, die in Sachsen eine waffenrechtliche Erlaubnis besitzen ist in den letzten zwölf Monaten von 34.900 auf 41.800 angestiegen.  
<http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Immer-mehr-Rechtsextremisten-in-Sachsen-besitzen-eine-Waffe> (08.02.17)
- In Dresden wurden vergangene Woche zwei Kunstwerke eröffnet. Bei der Eröffnung eines Mahnmals für Frieden, drei hochkant gestellte Busse, auf dem Neumarkt brüllen Faschist\*innen gegen das Denkmal und Redner\*innen an. Auf dem Theaterplatz wurde die Kunstinstallation „Lampedusa 361“ eingeweiht. 361 Fotomatten stellen einen Friedhof dar, jede von ihnen steht für ein namenloses Grab.  
<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/kunst-installation-lampedusa-theaterplatz-100.html> (10.02.17)  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/streit-um-aleppo-monument-in-dresden-die-busse-vor-der-frauenkirche-sind-ein-hoffnungszeichen/19382694.html> (13.02.17)

## Hintergrund und Meinung

- Colin Crouch ist Politikwissenschaftler und sieht die heutigen politischen Konflikte geprägt durch den nach wie vor nachwirkenden Kampf zwischen Ancien Regime und Aufklärung, von Tradition und Hierarchie gegen Rationalität und Universalismus. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, also Befürworter\*innen einer liberalen Marktwirtschaft und jenen eines Sozialstaats, habe innerhalb der Aufklärung stattgefunden. Die alten, traditionellen Werte des Ancien Regime hätten aber beide Seiten immer mit sich getragen. Die Sozialdemokratie kam nie über die Nation hinaus, denn im Zweifelsfall galt es immer, die „eigene“ Arbeiterklasse zu verteidigen, die Marktliberalen wollten sich nationale Vorteile auf dem Markt verschaffen. Diese Konflikte sind nun offengelegt mit dem Erfolg derjenigen, die die Werte der Aufklärung ablehnen. Mit Crouchs Verständnis sei auch die Elitenverachtung zu verstehen die von Leuten ausgehe, die vom ökonomischen Status her definitiv zur Elite gehörten. Elite heiße dann nicht mehr oder weniger als „Liberale“, also diejenigen die für eine aufgeklärte Gesellschaft einstünden und mit der Umsetzung der Ideen der Aufklärung tatsächlich auch Erfolge vorweisen könnten. Crouch hofft, nach drei Seiten nicht die befriedigendste Antwort, auf erneute Kompromisse zwischen Ancien Regime und Aufklärung, die den Konflikt abermals zuschütten könnten.  
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-02/globalisierung-widerstand-rechte-nationalismus-donald-trump-marine-le-pen-is> (11.02.17)
- Als „blankes Entsetzen“ beschreibt Michael Bergmann seine Reaktion auf die Geschehnisse auf dem Dresdner Neumarkt bei der Eröffnung des Mahnmals für den Frieden. Trotz massiver Drohungen gegen den Bürgermeister der Stadt und trotz der Erfahrungen während der Einheitsfeierlichkeiten sei es möglich gewesen, dass die Faschist\*innen auf solche Nähe zu den Eröffnungsredner\*innen gekommen seien. Bergmann weist auf die hohe Zahl von Reichsbürger\*innen und Bewaffneten in Sachsen hin und ihre Bereitschaft zu morden. Seiner Ansicht nach fordern Dresdner Polizei und Ordnungsamt mit solchen Einsätzen das Glück heraus.

[http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/02/08/das-blanke-entsetzen\\_23084#more-23084](http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/02/08/das-blanke-entsetzen_23084#more-23084)  
(08.02.17)

- Maria Shakura, Beraterin für Geflüchtete bei der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, berichtet über die Panik die unter afghanischen Geflüchteten herrsche seitdem es zu Sammelabschiebungen nach Afghanistan kam, spricht über die Sicherheitslage und „inländische Fluchtalternativen“, sie kritisiert das Argument „freiwillige Ausreise“, die häufig unter hohem Druck oder aus einer ausweglosen Situation heraus geschehe und verneint, dass eine mündliche Anhörung bei einer Behörde ein geeignetes Mittel sei, um Fluchtgründe vorzubringen.  
<http://www.dw.com/de/panische-angst-vor-abschiebungen/a-37475602> (11.02.17)
- Den Schlussantrag von Paolo Mengozzi über humanitäre Visa zur Durchführung des Asylverfahrens sieht Gerd Appenzeller als möglichen Schritt in eine humanere EU-Asylpolitik an.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/asylrecht-hoffen-auf-humanitaere-visa/19360744.html> (07.02.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**